

Stellungnahme zum Haushaltsplan der Gemeinde für 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vergleicht man die Situation bei uns in Deutschland und erst recht in der Region Stuttgart mit den allermeisten anderen Regionen der Welt, dann dürfen wir feststellen, dass es uns hier wirklich relativ gut geht. Wir haben nahezu Vollbeschäftigung, die Wirtschaft brummt und die Einkommen und Steuereinnahmen steigen seit zehn Jahren permanent.

Alles palletti also? Nicht ganz, es gibt dennoch eine ganze Reihe an Herausforderungen. Die Einkommens- und Vermögensschere geht immer weiter auseinander, die Last der Finanzierung müssen Normalverdiener in immer höherem Maße schultern, während sich Großkonzerne und Superreiche durch Cum-Ex-Geschäfte und ähnliches sogar noch hemmungslos an unseren Steuerkassen bedienen. Der Klimawandel wird von Jahr zu Jahr bedrohlicher, und es wird zunehmend schwieriger, dem menschengemachten Klimawandel Einhalt zu gebieten.

Alles Herausforderungen, die auch vor den Toren der Region und der Gemeinde Tamm keineswegs Halt machen. Hier in der dichtbesiedelten Region Stuttgart haben wir aber auch einige zentrale Herausforderungen zu meistern, die viel mit der ansonsten guten Lage der Region zu tun haben.

Die Region droht wegen des ständig zunehmenden Verkehrs im Verkehrskollaps zu ersticken. Nicht Fahrverbote für Diesel-PKW sind das größte Problem, sondern der drohende Verkehrskollaps. Dabei muss man so ehrlich sein, dass sich das Problem weder durch Straßenbau, intelligente Verkehrssteuerung noch durch selbstfahrende Autos lösen lässt. Dies lässt sich nur lösen, indem wesentlich mehr Wege als bisher mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt werden.

Der zum Jahreswechsel deutlich verbesserte Busfahrplan auf die Hohenstange ist dabei ebenso ein Baustein wie ein verbesserter S-Bahn-Fahrplan. Auch der im April in Kraft tretende, deutlich günstigere VVS-Tarif ist hier ein Schritt in die richtige Richtung. Bereits im Oktober hat die SPD-Fraktion beantragt, die Einführung eines Tamm-Ticket zu überprüfen, mit dem sämtliche innerörtlichen Busfahrten 1,40 Euro kosten. Wir würden uns freuen, wenn die Verwaltung hierzu im Februar näheres sagen könnte.

Es gibt aber noch weiteren Verbesserungsbedarf: Insbesondere der alte Ortsteil sollte bald ebenfalls eine Busanbindung erhalten; wir könnten uns hierfür gut eine direkte Verbindung nach Bissingen und Markgröningen vorstellen. Sowohl Bissingen als auch Markgröningen erreicht man derzeit zu Fuß genauso schnell wie mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Hierzu wäre es gut, in Gespräche mit den beiden betroffenen Nachbarstädten zu treten um auszuloten, inwieweit dort entsprechendes Interesse besteht.

Im Zusammenhang mit dem Verkehr möchten wir auch den Antrag der SPD-Fraktion zur Einführung von Tempo 30 zwischen Kreisverkehr Marabu und dem Kreisverkehr Alleenstraße erinnern. Die bisherigen Beratungen ergaben, dass dies derzeit wohl nur zwischen dem Bahnhofskreisel und dem Kreisel an der Alleenstraße möglich ist - allerdings warten wir immer noch auf die Realisierung.

So viel zum Mega-Thema Verkehr, kommen wir nun zu den nächsten Themen. Zentrales Zukunftsthema ist und bleibt der Bereich Bildung und Betreuung. Gerade in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland sind wir auf sehr gut qualifizierte Menschen angewiesen, und gerade wir Sozialdemokraten wollen auch, dass möglichst allen Kindern durch eine gute Bildung gute Zukunftschancen eröffnet werden. Leider ist es gerade in Baden-Württemberg immer noch so, dass der Bildungserfolg der Kinder stark vom Elternhaus abhängt. Durch die Umsetzung des Bildungs- und Orientierungsplans wurden unsere Kitas zu wichtigen

frühkindlichen Bildungseinrichtungen. Wie vergleichende Untersuchungen zeigen, steht Baden-Württemberg u.a. dank der grün-roten Landesregierung inzwischen bundesweit hinsichtlich der Betreuungsqualität an der Spitze. In Tamm sind wir seit vielen Jahren dank unseres ‚Tammer Schlüssels‘ besonders gut – diesen Vorteil wollen wir erhalten – sowohl für unsere Kinder als auch zur besseren Gewinnung von pädagogischen Fachkräften.

Die Bundes-SPD hat als Regierungspartei in der GRO-KO das „Gute-Kita-Gesetz“ erarbeitet und die Voraussetzungen dafür geschaffen, mit 5 Milliarden € Bundesmitteln die Qualität der Kinderbetreuung zu verbessern und die Kindergartengebühren letztendlich abzuschaffen. Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, jetzt muss auch die grün-schwarze Landesregierung den Betrag, der uns an Bundesmitteln zusteht, tatsächlich zur Entlastung der Eltern mit Kindern bereitstellen. Wir unterstützen deshalb das Volksbegehren der Landes-SPD für gebührenfreie Kitas. Gebührenfreie Kitas entlasten insbesondere Familien mit geringem bis durchschnittlichem Einkommen und sind ein wichtiger Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit. Insbesondere führen sie aber dazu, dass endlich auch die frühkindliche Bildung beitragsfrei gestellt wird, wie dies bei den anderen Bildungseinrichtungen schon lange selbstverständlich ist. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass der Gemeindefiskus keinerlei Mehrbelastungen drohen, weil der Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion einen vollständigen Ausgleich der Gebührenauffälle vorsieht.

Da in Tamm der Bedarf an Kinderbetreuung immer noch nicht abgedeckt werden kann, sind in diesem Bereich weitere Investitionen erforderlich. Insbesondere steigt die Nachfrage im U2-Bereich an. Der Bau einer Kita an der Öhringer Straße wird nicht ausreichen; eine weitere 4-gruppige Kita muss im Baugebiet Calwer Straße entstehen. Doch es sind nicht nur Neubauten erforderlich, auch die Sanierung von einigen Kitas im Bestand muss angegangen werden.

Auch bei den Tammer Sportstätten gibt es Sanierungsbedarf. Unsere Sportstätten sind dabei sowohl für unsere Schulen und hier besonders Ganztageschulen als auch für die Vereine, teil-

weise auch die Freizeitgestaltung vieler Bürger wichtig. Ansprechen möchte ich insbesondere die Sporthalle Maystraße, wo der Hallenboden, aber auch die sanitären Einrichtungen dringend sanierungsbedürftig sind. Auf unsere Initiative hin wurde die Sanierung des Hallenbodens um ein Jahr auf 2019 vorgezogen. Erwähnen möchte ich auch den sehr traurigen Zustand des Bolzplatzes an der Aalener Straße, wozu es bisher keine Vorstellungen zur weiteren Zukunft gibt. Zumindest das ebenfalls sanierungsbedürftige Kleinspielfeld neben der Egelseehalle soll 2020 saniert werden. Zu beiden Plätzen haben wir im November entsprechende Anträge auf Sanierung gestellt.

Auch bei unseren Schulen gibt es immer noch Sanierungsbedarf. Insbesondere der bauliche Zustand der Grundschule Hohenstange ist teilweise schon geradezu desolat. Die Untersuchung des Büros Hein/Hüttel/Lindenberger hierzu hat allerdings ergeben, dass eine Sanierung wahrscheinlich teurer sein wird als ein Neubau. Gerade bei der Planung eines Neubaus ist aber die zukünftige Schulkonzeption von hoher Bedeutung. Bereits in meiner HH-Rede im Mai hatte ich angesprochen, dass sich unsere Tamer Schulen konzeptionelle Gedanken über die weitere Zukunft der Ganztagschule machen müssen. Unsere Anregung im Mai hierzu war, auch aus der Erfahrung eines Gesprächs mit Eltern und Lehrern, hierzu frühzeitig alle Beteiligten, also Eltern, Lehrerkollegien und Vertreter der Gemeinde, einzubeziehen. Für uns ist völlig unverständlich, warum dies bis heute nicht geschehen ist. Eine Umfrage hierzu unter den Eltern kann nur ein Teil der Lösung sein: Erstens benötigen die Eltern zur qualifizierten Beantwortung vorab umfangreiche Informationen. Und zweitens ist die Fragestellung bei Umfragen generell sehr schwierig, möchte man sich nicht dem Vorwurf aussetzen, dass schon vor der Umfrage das gewünschte Ergebnis feststeht.

Bei unserem Gespräch im März 2018 mit Eltern, pädagogischen Fachkräften unserer Kitas, Lehrern sowie BM Bernhard und Frau Schwarz war ein Thema auch die Einrichtung eines regelmäßig tagenden Runden Tisches zur Vernetzung der im Bildungsbereich aktiven Ehren- und Hauptamtlichen. Auch die Elternbeiratsvor-

sitzenden beider haben mehrfach den Wunsch geäußert, sich im größeren Kreis auszutauschen und damit für mehr Transparenz und gleichen Informationsstand zu sorgen. BM Bernhard hat zugesagt, dass die Gemeinde zeitnah die Einladung zu einem Folgetreffen aussprechen wird. Diese Einladung ist trotz beharrlichem Nachfragen unsererseits bisher nicht erfolgt. Dies ist schade und völlig unverständlich, nimmt man die Aussage von BM Bernhard in seiner Neujahrsansprache ernst, weil gerade eine Vernetzung und der Austausch der Beteiligten zu mehr Transparenz, einem besseren gegenseitigen Verständnis und mehr gegenseitiger Unterstützung führen könnte. Für die Einberufung eines Runden Tisches ist auch keine größere inhaltliche Vorbereitung erforderlich, schließlich geht es ja gerade darum, die Anliegen der Betroffenen zu bearbeiten.

Auch bei unseren Gesprächen mit den sozialen und karitativen Tammer Organisationen wurde der Wunsch nach einer besseren Vernetzung deutlich. Unsere Vereine, die bereits eine sehr gute Arbeit leisten, und bereits vielfältige Aufgaben zu bewältigen haben, würden es begrüßen, wenn die Gemeinde sie professionell bei der Vernetzung sowie bei der Bearbeitung neuer Herausforderungen, wie etwa dem demographischen Wandel, unterstützen könnte.

Eine sehr große Herausforderung im Ballungsraum ist auch das Thema Wohnen, insbesondere bezahlbares Wohnen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass dies auch im Spannungsverhältnis zur Erhaltung von Freiflächen steht. Für uns sind deshalb nur Baugebiete mit einer ausgewogenen Bebauung akzeptabel. Baugebiete, in denen überwiegend Einfamilienhäuser entstehen sollen, sind nach dem heutigen Kenntnisstand ebenso abzulehnen wie hochverdichtete Gebiete mit Geschosswohnungsbau. Wir wollen eine gute Mischung, und wir wollen insbesondere, dass mindestens 25% der Flächen in Baugebieten für bezahlbares Wohnen verbindlich vorgesehen werden. Wir treten zudem dafür ein, dass wir Schritt für Schritt neue Baugebiete entwickeln. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass neue Baugebiete immer auch weitere Kitas, Schulen, Freizeiteinrichtun-

gen, Verkehr etc. bedeuten. Die Tammer Infrastruktur ist in vielen Bereichen bereits jetzt an der Grenze. Wir sollten deshalb jetzt zunächst einmal an der weiteren Erschließung von Kernacker III und Calwer Straße arbeiten, bevor noch mehr neue Baugebiete angegangen werden.

Im Investitionsprogramm der Gemeinde sind in 2019 für einen möglichen Bürgergarten im Bereich Egelsee 75.000 Euro vorgesehen. Die Idee, in diesem Bereich zwischen altem Ort und der Hohenstange einen Bürgergarten anzulegen, ist grundsätzlich nicht schlecht. Das Problem an dieser Stelle ist nur die extreme Verlärmung durch die Bahnlinie. Ohne Lärmschutz wird sich dort keine große Aufenthaltsqualität einstellen. Wir sind deshalb der Meinung, und dies haben wir auch bereits mehrfach angesprochen, dass dieses Projekt nur dann Sinn macht, wenn dabei auch der erforderliche Lärmschutz realisiert wird. Die für den Lärmschutz erforderlichen Investitionen müssen dann aber auch beim Projektaufwand eines Bürgergartens berücksichtigt werden – wir haben deshalb im November beantragt, für den vorgesehenen Standort ein Lärmschutzkonzept zu erarbeiten.

Ich konnte trotz des Umfangs meiner bisherigen Ausführungen nur einen kleinen Teil der anstehenden Themen ansprechen. Offensichtlich ist, dass die Verwaltung mit vielen Fragestellungen befasst ist. Aufgrund der personellen Ausstattung ist das Rathaus mit dieser Fülle aber überlastet. Deswegen ist es wichtig, hier die richtigen Prioritäten zu setzen.

Von Vorteil ist für die Gemeinde jedenfalls, dass wenigstens die Finanzen derzeit wenig Anlass zur Sorge bereiten. Der HH-Plan 2019 weist ein positives Ergebnis aus, und auch der HH-Abschluss für 2018 wird nochmals deutlich besser ausfallen als veranschlagt. Diese Mehreinnahmen brauchen wir aber auch, wenn man sich die Vielzahl und die Kosten der anstehenden Vorhaben anschaut.

Für diesen Haushalt gilt wie auch für die der letzten Jahre, dass eine hohe Abhängigkeit von den Gewerbesteuerereinnahmen zu verzeichnen ist. Und wir können nicht jedes Jahr davon ausge-

hen, hohe Gewerbesteuernachzahlungen zu erhalten. Im Hinblick darauf, dass mit Sicherheit irgendwann die Konjunktur uns auch wieder geringere Gewerbesteuereinnahmen bescheren wird, ist es nach wie vor wichtig, die richtigen Prioritäten zu setzen, aber natürlich auch das Notwendige gerade in den vorhin genannten Zukunftsthemen zu tun.

Der Schuldenstand der Gemeinde konnte in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgefahren werden. Immer wieder wird die Forderung erhoben, den Anteil der Personalausgaben nicht weiter steigen zu lassen. Diese Forderung hört sich zunächst einmal gut an. Nimmt man sie allerdings ernst, bedeutet dies, dass im Kita-Bereich keine weiteren Plätze mehr geschaffen werden können. Auch ein Bürgergarten dürfte dann nicht gefordert werden, werden für diesen nach Fertigstellung doch auch Mitarbeiter des Bauhofs für die laufende Pflege benötigt.

Einen Antrag zum Bereich Finanzen wollen wir von unserer Seite aber gerne stellen, auch wenn er in den aktuellen HH-Plan heute nicht mehr Eingang finden wird. Wir haben beantragt, die Vergnügungssteuer deutlich anzuheben. Hintergrund ist für uns, dass Spielsucht ein erhebliches gesellschaftliches Problem darstellt und die Vergnügungssteuer seit 2010 nicht mehr erhöht wurde. Andere Gemeinden haben teilweise deutlich höhere Sätze. Durch eine Erhöhung wollen wir einen kleinen Beitrag zur Bekämpfung der Spielsucht leisten.

Wir danken der Verwaltung und insbesondere der Kämmerei unter Leitung von Frau Wunschik für die frühe Erstellung des Haushalts und bedanken uns für Ihr Engagement und die stets gute Zusammenarbeit. Auch bei den anderen Ratsfraktionen möchten wir uns für die trotz aller Meinungsunterschiede lösungsorientierte und konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion stimmt dem Haushaltsentwurf für 2019 zu.

Sonja Hanselmann-Jüttner